

08.05.2019

Kleine Anfrage 2443

des Abgeordneten Sven W. Tritschler AfD

Wolfspolitik statt Wolfsromantik – Was tut die Landesregierung angesichts der wachsenden Wolfspopulation?

Vor knapp 200 Jahren wurden die letzten Wölfe auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalens erlegt. 2018 wies das Umweltministerium erstmals ein Wolfsgebiet in Nordrhein-Westfalen aus, nachdem im Gebiet um Schermbeck die standorttreue Wolfsfähe „GW954f“ festgestellt werden konnte. Zuvor war es in der Gegend vermehrt zu Schafsrissen gekommen.

Bundesweit ist der Wolf auf dem Vormarsch. Der Sprecher des Deutschen Jagdverbands (DJV) erklärte gegenüber der „BILD“: „In den nächsten Tagen wird die nächste Wolfsgeneration in Deutschland geboren, dann leben bereits über 1.300 Wölfe hierzulande.“¹

Der Sprecher erklärte weiterhin: „Die Zeit drängt – wir brauchen endlich ein aktives Management des Wolfes und Rechtssicherheit für Jäger.“

Nach übereinstimmenden Medienberichten hat auf Bundesebene inzwischen das Kanzleramt das Thema Wolf zur Chefsache erklärt, nachdem zwischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium keine Einigung erzielt werden konnte.²

Nachdem die Landesregierung in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage vom 4. September 2017 (Drs. 17/740) keinen Handlungsbedarf zu erkennen vermochte und im Wesentlichen auf die bisherigen und nach aller Erfahrung wenig tauglichen Maßnahmen verwiesen hat (Entschädigungszahlungen für Nutztierhalter, „Herdenschutzmaßnahmen“), schien es zwischenzeitlich zu einem zaghaften Umdenken zu kommen:

Nach der vorgenannten Ausweisung eines Wolfsgebietes um Schermbeck brachten die regierungstragenden Fraktionen im November 2018 einen Antrag mit dem Titel „Den Wolf in Nordrhein-Westfalen von Anfang an mit einer Strategie begleiten“ in das Plenum des Landtags ein (Drs. 17/4299).

¹ <https://www.welt.de/newsticker/news1/article193007459/Jaeger-Jagdverband-fordert-von-Kanzleramt-Rechtssicherheit-bei-Wolfsmanagement.html> – abgerufen am 6. Mai 2019

² Beispielhaft: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nach-ressortstreit-kanzleramt-bestimmt-ueber-abschuss-von-woelfen-16169084.html> – abgerufen am 6. Mai 2019

Datum des Originals: 06.05.2019/Ausgegeben: 08.05.2019

Dort ist u.a. davon die Rede, dass die stark wachsende Population des Wolfes Folgen für dessen Schutzstatus haben müsse. Unter Umständen müsse er von den Anlagen II und IV in die Anlage V der FFH-Richtlinie überführt werden.

Weiterhin wird im Antrag anerkannt, dass der Schutz vor Wolfsrissen durch Herdenschutzzäune insbesondere in der Weidetierhaltung häufig unpraktikabel ist.

Schließlich wird die Landesregierung beauftragt, ein Fütterungsverbot für Wölfe in das Landesrecht aufzunehmen.

Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz vom 16. Januar 2019 abschließend beraten und unverändert angenommen.

Andere Bundesländer haben mit der Wolfsproblematik bereits länger zu kämpfen und sind inzwischen weiter: Im April erlaubte die sächsische Landesregierung per Erlass u.a. den erleichterten Abschuss von verhaltensauffälligen Wölfen.

Auch Experten plädieren für eine Normalisierung des Umgangs mit dem Wolf und einen rationalen Umgang mit wachsenden Populationen, wie er in anderen europäischen Ländern längst gängige Praxis ist.

So sprachen sich europäische Wolfsforscher und Jagdexperten auf einer Tagung im April 2019 in Halberstadt für Abschussquoten aus, wie sie im Baltikum praktiziert würden. Diese seien die beste Möglichkeit, den Schutz der Wölfe mit der Akzeptanz in der Bevölkerung in Einklang zu bringen.³

In Mecklenburg-Vorpommern, das vom Vormarsch des Wolfes besonders hart getroffen wird, hat sich inzwischen ein Bündnis aus 14 Verbänden gebildet. Nachdem Wölfe dort bereits 1,80 Meter hohe Elektrozäune überwinden und es zu mehr als 600 Attacken auf Schafe, Rinder, Rentiere und Wölfe kam, fordert Detlef Kurreck, der Präsident des dortigen Bauernverbands, eine Revision des überhöhten Schutzstatus des Wolfes. Die „baltisch-osteuropäische Population“ bestehe aus rund 8.000 Tieren und dieser sei daher nicht mehr zu rechtfertigen. Er appellierte weiterhin an die Landesregierung, die Jagd auf den Wolf endlich zuzulassen.⁴

Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner geografischen Lage noch relativ wenig von der Wolfsproblematik betroffen. Gleichwohl kommt es immer wieder zu Zwischenfällen mit umherziehenden Wölfen. Seit vergangenem Jahr ist nun auch das erste standorttreue Tier nachgewiesen.

Aufgrund der stark wachsenden Population in Deutschland ist es allerdings nur noch eine Frage der Zeit, bis auch hier mehr und mehr Wölfe heimisch werden. Gerade aber in Nordrhein-Westfalen wird dies mit besonders großen Problemen einhergehen, da das Bundesland von allen Flächenländern am dichtesten besiedelt ist.

Eine sinnvolle und unideologische Wolfspolitik, die die berechtigten Interessen aller Bürger, aber auch des Umwelt- und Artenschutzes im Blick hat, muss daher frühzeitig und vorbeugend

³ <https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/jagd-forscher-fuer-abschussquote-bei-woelfen> - abgerufen am 6. Mai 2019

⁴ <https://www.n-tv.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/Immer-mehr-Woelfe-Buendnis-fordert-klarere-Regelungen-article20994441.html> - abgerufen am 6. Mai 2019

ein umfassendes Instrumentarium schaffen, um eine kontrollierte Ausbreitung des Wolfes ohne Gefahren für Menschen und Nutztiere zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen und Vorgaben aus dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen vom November vergangenen Jahres (Drs. 17/4299) wurden inzwischen umgesetzt?
2. Falls Maßnahmen und Vorgaben noch nicht umgesetzt wurden: Wie ist der Sachstand?
3. Hat die Landesregierung auf bundes- bzw. EU-Ebene Anstrengungen unternommen, um den Wolf angesichts seiner massiv wachsenden Population in Mitteleuropa aus den Anhängen II und IV in den Anhang V der FFH-Richtlinie zu überführen?
4. Können die Maßnahmen des Freistaats Sachsen (Abschusserlaubnis für Wölfe unter bestimmten Bedingungen) ein Vorbild für NRW sein?
5. Können Abschussquoten nach Vorbild der baltischen Staaten ein Vorbild für NRW sein?

Sven Tritschler